

* Ein Rotschrei der Straßenbahner. Ein Straßenbahner schreibt uns im Auftrag vieler Kollegen: Als uns nach Ausbruch des Krieges, als die Lebensmittel schon ins Unendliche gestiegen waren, vom Stadtrat eine Kriegszulage gewährt wurde, und zwar neun Kronen monatlich, waren wir alle der Meinung, daß dieses nur der Anfang einer größeren Zulage sein und in kurzer Zeit etwas mehr folgen dürfte; reichte doch diese Zulage kaum zum Frühstück auf ein Butterbrot. Seither sind Monate verfloßen, die Lebensmittelpreise haben eine schwindelhafte Höhe erreicht und unser Lohn ist der gleiche geblieben, unser Dasein aufs äußerste gefährdet. Hätten wir schon in Friedenszeiten kaum das Nötige zum Darauskommen, so ist es jetzt schon fast unmöglich, mit diesem Lohn weiter fortzustehen zu können, von einem menschlichen Leben ist schon lange keine Rede mehr und die Gesundheit der Bediensteten durch die andauernde Unterernährung aufs äußerste gefährdet. Aber auch den Fahrgästen und dem Unternehmen droht Gefahr, je weniger leistungsfähig die Bediensteten sind. Trotz alledem ist keine Aussicht vorhanden, von den Machthabern im Rathaus etwas zu erreichen. Jede Neußerung über Lohnverhältnisse und Ueberanstrengungen im Dienste wird mit dem Hinweis auf den Schützengraben unterdrückt. Ist es schon eine Gefühllosigkeit sondergleichen dieses ewigen „Drahen“ mit einer Sache, die uns bisher immer als höchste Pflicht dargestellt wurde, so möchten wir uns doch einmal die Frage erlauben: Sind wir Straßenbahner in unserem Interesse enthoben oder im Interesse der Allgemeinheit, die einen glatten Verkehr braucht. Wir glauben, daß das zweite der Fall ist. Dann glauben wir aber auch annehmen zu dürfen, daß niemand eine Angst vor dem Schützengraben zu haben braucht. Wahrscheinlich, die Straßenbahndirektion hat gar keine Ursache, so knauserig zu sein! Dieses Kriegsjahr ist für die Straßenbahn doch ebenso ein Jahr guter Geschäfte wie für alle Armeelieferanten, darüber belehrt uns der Rechenschaftsbericht für das erste Halbjahr 1915. Dort werden um sechs Millionen mehr an Einnahmen ausgewiesen als im ersten Halbjahr 1914. Ein großer Teil der Mehreinnahmen ist auf den größeren Personenverkehr zurückzuführen, aber andererseits ist ein großer Teil auch auf die Mehrlieferungen der Angestellten im Dienste zu buchen. Auch die Einstellung der Frauen in den Dienst der Straßenbahn hat das Ihre beigetragen, den Reingewinn der Straßenbahn zu erhöhen; neuerdings werden diese billigen Kräfte auch als Wechselrichterinnen eingestellt. Daß das wirklich notwendig ist, kann uns niemand weismachen; es gibt zum Beispiel schon jetzt sehr viele Kriegskruppen, denen man einen Verdienst verschaffen könnte, und diese könnten diesen Dienst ebensogut versehen wie die Frauen. Als uns die Direktion mit dem Bettel von 30 Heller täglich abspießte, wurde das von Kunschak und seinem Anhang als große sozialpolitische Tat gepriesen. Seit dieser Zeit sind Monate verfloßen, die Bediensteten nagen am Hungertuch, aber noch immer rührt sich niemand von den Herren. Auch im Stadtrat fehlt jede sozialpolitische Einsicht, sonst könnten sie dieser Not ihrer Angestellten nicht einfach zusehen. Daß der Stadtrat die Bediensteten dadurch zum Denken zwingen will, das anzunehmen haben wir keine Ursache. Aber tatsächlich ist es so. Kunschak und seinen Freunden ist es bis jetzt noch immer gelungen, die Bediensteten von ihren wahren Interessen abzulenken, von einer wirklichen gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten und sie durch nutzlose Vereinsmeierei zu fesseln, aber für die Zukunft dürfte es damit vorbei sein. Der Krieg hat so vieles zum Denken gegeben und viele zum Umlernen gezwungen; warum hätten da gerade die Straßenbahner stehen bleiben sollen, wo alles darauf angelegt ist, gerade sie zum Denken zu bringen.